

3. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 26.11.2019

Niederschrift der Tagesordnungspunkte Nr. 1 und 2

Gegenstand: **Neustrukturierung der Stadtverwaltung Speyer / Geschäftsbereiche ab 01.01.2020 gemäß § 50 Abs. 4 GemO**
[Vorlage: 0177/2019](#)

Gegenstand: **Beigeordnetenstellen**

Gegenstand: **Ausschreibung der Stelle des/der 2. hauptamtlichen Beigeordneten**
[Vorlage: 0178/2019](#)

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Frage der Geschäftsbereiche steht laut Vorsitzender in engem Zusammenhang mit TOP 2. Mit der Vorlage legt die Verwaltung einen Vorschlag vor, den sie zur Diskussion stellt.

Frau Münch-Weinmann erkundigt sich zunächst nach der Veröffentlichung der geänderten Hauptsatzung im Internet. Die amtliche Bekanntmachung erfolgte laut Verwaltung am 15.11.2019 im Amtsblatt (auch online). Die Reinschriftfassung wird in Kürze in die Ortsrechtssammlung aufgenommen.

Das Aufgabenspektrum des Fachbereichs (FB) 2 und der EBS sind aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen akzeptabel, allerdings sollten Verkehrsplanung, nachhaltige Mobilität und Klimaschutz zur Kompensation der Aufgaben, die vom FB 2 abgezogen wurden, aus dem Dezernat Bauwesen dazu kommen. Es gebe einen inhaltlichen Zusammenhang, der Synergien durch die personelle Zusammenarbeit mit dem Umweltschutz erlaubt. Verkehrsplanung und Tiefbauaufgaben sind aus Sicht von Frau Münch-Weinmann gut voneinander zu trennen.

Zunächst verweist die Vorsitzende auf das vorgeschriebene Wahlverfahren nach Vorschlägen aus den Fraktionen; weiterhin erinnert sie daran, dass Messen und Märkte schon länger nicht mehr im FB 2 angesiedelt sind. Der Vorschlag wird zur Kenntnis genommen. Allerdings wird auch keine Bereitschaft signalisiert, weitere Bereiche aus den Dezernaten Seiler und Kabs abgeben zu wollen. Über dem Stadtvorstand stehe die große Überschrift Stadtverwaltung Speyer.

Genau aus dieser Orientierung an einer funktionierenden Verwaltung heraus macht die Übertragung der Freiwilligenagentur auf die ehrenamtliche Beigeordnetenstelle aus Sicht der SWG keinen Sinn, weil diese mit Frau Kabs als Dezernentin sehr gut aufgestellt sei. Sinnvoller erscheint es, das komplett neue Sachbereich Digitalisierung als neue Abteilung aus der ursprünglich geplanten Organisationseinheit 110 herauszulösen. Dies sei ein neuer Aufgabenbereich, der nicht zu Lasten der bisherigen Dezernate geht. Dort sieht die SWG Kernkompetenz durch eigenes Personal begründet, was sich u.a. auch mit der Durchsetzung einer Bürgerbeteiligung für die Benennung des Kohl-Ufers gezeigt hat. Auf die OZG-Umsetzung bis 2023 ist besonderer Fokus zu legen, vor allem dann, wenn man Referenzkommune des Landes in Digitalfragen sein will.

Die Vorsitzende stellt in diesem Zusammenhang die Frage nach dem fachlichen Know-How des/der neuen Beigeordneten. Dem gegenüber möchte Frau Selg zunächst die Diskussion über die Frage führen, ob eine solche Verteilung überhaupt sinnvoll und denkbar wäre.

Herr Oehlmann wirft die Frage der Verfügbarkeit des/der ehrenamtlichen Beigeordneten zu den Arbeitszeiten der Verwaltung auf, das diese/r ja vermutlich auch noch einer eigenen Berufstätigkeit nachgehen muss.

Nach Auffassung von Herrn Förster hat der bisherige Stadtvorstand sehr effizient gearbeitet, weshalb die Linke der Vorlage zustimmt.

Die SPD schließt sich durch Herrn Feiniler der FDP-Argumentation im Wesentlichen an. Die Aufgabe war bisher gut im Hauptamt angesiedelt und sollte auch dort bleiben. Auch für ihn stellt sich die Frage nach Qualifizierung und Anwesenheit des/der Beigeordneten. Ebenso sollte die Verkehrsplanung genau dort bleiben, wo sie laut Organigramm ist. Eine Aufteilung von Verkehrsplanung und Tiefbau führt zwangsläufig zu Reibungsverlusten.

Frau Dr. Mang-Schäfer kann die Ausführungen von Herrn Oehlmann nachvollziehen, die der SPD aber nicht. Sie glaubt kaum, dass die Oberbürgermeisterin ganztags der EDV zur Verfügung steht. Das separierte Aufgabengebiet Digitalisierung sei auch in Teilzeit zu bewältigen. Die Vorsitzende hebt die selbständige Arbeit der Mitarbeiter*innen in der Verwaltung hervor und hinterfragt, wie die SWG unterstützen will bzw. ob eine Geringwertigkeit der Tätigkeit der Freiwilligenagentur mit deren Ablehnung unterstellt werde. Nach Auffassung von Frau Selg hat der jetzige Stadtvorstand für das Themenfeld sicherlich nur einen ganz geringen Zeitanteil zur Verfügung. Darauf möchte sie den Fokus legen und im SWG-Vorschlag eine Entlastung der bisherigen Stadtvorstandsmitglieder sehen.

Herr Förster stellt fest, dass in den Haushaltsreden die Belegschaft von allen gelobt wird, in der realen Arbeit aber mehr „Häuptlinge als Indianer“ eingerichtet werden. Die Diskussion geht nach seiner Einschätzung an der Bevölkerung vorbei.

Herr Dr. Wilke wiederholt seine Auffassung, dass heute über die Geschäftsverteilung und nicht über Personen gesprochen wird. Die OB dagegen weicht nach seinem Dafürhalten davon ab. Die Argumentation der Grünen hat für die CDU Hand und Fuß. Auch die Digitalisierung der Verwaltung sei ein Riesengebiet will man sich mit KL oder HD vergleichen. Die OB selbst hat Speyer als Referenzkommune im Land in Spiel gebracht. Er unterstreicht nochmals die Rechtslage zur Verteilung der Geschäftsbereiche. Im Rat gebe es keine Mehrheit für den Ansatz der OB. Diese erwidert, kommt es zu keinem Konsens, werde sie in der nächsten Sitzung einen neuen Verwaltungsvorschlag unterbreiten.

Der Zuschnitt des Stadtrates hat sich nach Ansicht von Herrn Jaberg geändert. Klimaschutz und Umweltschutz sind der Bevölkerung wichtig geworden, das Wahlergebnis sollte sich auch in den Aufgabenverteilungen der Verwaltung widerspiegeln. Dies würde auch zu weniger Wahlverdrossenheit führen, da Dezernentinnen und Dezernenten den Wählerinnen und Wählern viel mehr verpflichtet sind als Verwaltungsbeschäftigte. Die Grünen fordern mehr Gewicht in der Stadtpolitik bei Umwelt- und Klimaschutz. Die Übernahme des FB 2 und der EBS durch die Grünen stellt aus Sicht der Vorsitzenden keinen despektierlichen Vorschlag dar. Zudem war die Kommunalwahl nicht auf bestimmte Positionen ausgerichtet.

Frau Dr. Mang-Schäfer geht es um die strategische Ausrichtung der Digitalisierung, die derzeit im Organigramm untergeht, dabei müsse sie ein Schwerpunkt der künftigen Stadtpolitik sein. Herr Feiniler stellt fest, man müsse den Eindruck gewinnen, als sei bisher nichts auf diesem Gebieten passiert. Aus seiner Sicht müssen die Personalstellen dafür massiv aufgestockt werden, nicht die Beigeordnetenstellen. Daneben sei die Auflösung des früheren FB 3 ein Fehler unter CDU-Leitung gewesen. Er wiederholt, dass die Verkehrsleitplanung beim FB 5 bleiben soll.

Frau Selg spricht von einem konstruktiven Vorschlag der Kooperation. Vielleicht sollte man die Argumente ein paar Tage sacken lassen. Herr Oehlmann sieht in der Spefa durchaus einen großen Bereich; hinsichtlich der Digitalisierung sollte man sich im kleineren Kreis zusammensetzen und die Möglichkeiten abstecken.

Die Vorsitzende unterstreicht, die Ratsmehrheit sollte die Frage der Verkehrsplanung als Teil der Bereiche der/des hauptamtlichen Beigeordneten ebenso überdenken wie sie selbst die Aufgabenstellung für den/die Ehrenamtliche/n. Digitalisierung steht als Querschnittsaufgabe quer über alle anderen Verwaltungsbereiche.

Frau Münch-Weinmann hebt hervor, dass vor der ÄR-Sitzung keine Möglichkeit eines Gesprächs mit der Stadtspitze bestand. Nachhaltige Mobilität gehört ihres Erachtens zum Themenkomplex Klima- und Umweltschutz. Die Vorsitzende lässt weiterhin keine Bereitschaft erkennen, die Verkehrsplanung aus dem Tiefbau herauszulösen.

Herr Dr. Wilke hatte schon sehr früh Kooperationsbereitschaft signalisiert, die aber nicht angenommen wurde. Der Vorschlag der Stadtspitze liegt nun vor, die Kooperation hat hier ihre Vorstellungen formuliert. Entscheiden wird letztendlich die Mehrheit im Stadtrat. Er bittet darum, diesen Vorschlag nicht in der nächsten Ratssitzung zur Abstimmung zu bringen. Wird kein Konsens gefunden, muss sehr zeitnah Anfang 2020 eine weitere ÄR-Sitzung anberaumt werden. Die Ausschreibung hingegen kann so stattfinden.

Herr Feiniler erläutert, man führe hier eine Diskussion um die Mehrheit im Rat, der aus 44 Sitzen besteht und nicht nur aus der „Kooperation“.

Frau Münch-Weinmann schlägt vor, sich 1 Woche Zeit zu geben, um Rückmeldungen zu den gegenseitigen Vorschlägen zu sammeln. Auch aus ihrer Sicht kann die Ausschreibung so erfolgen.

Die Vorsitzende erläutert, die Sitzungstermine für 2020 stehen bereits. Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke kann die Thematik nicht bis zum 28.01.2020 geschoben werden. Die Vorsitzende sieht das grundsätzlich anders, während Frau Münch-Weinmann hinterfragt, was OB und Stadtvorstand davon haben, wenn die Entscheidung weiter geschoben wird. Für die Vorsitzende steht die inhaltliche Arbeit im Mittelpunkt.

Herr Feiniler möchte wissen, wann aus Sicht der Kooperation gewählt werden soll. Die Vorsitzende stellt evtl. die Februar-Sitzung des Rates nach der Ausschreibung in Aussicht.

Herr Förster würde sich freuen, wenn dieser Enthusiasmus auch bei der Beratung des Stellenplans an den Tag gelegt wird. In seiner Firma wird der Führungsapparat gerade abgebaut, bei der Stadt soll der Verwaltungskopf offenbar vergrößert werden.

Die Vorsitzende unterstreicht nochmals, die Verwaltungsgliederung sei OB-Sache. Die Rechtslage ist Herrn Dr. Wilke durchaus bekannt, ebenso wie die Zustimmung zu den Geschäftsbereichen im Rat mehrheitspflichtig ist. Klar sei, dass 3 Fraktionen dem OB-Vorschlag nicht zustimmen werden. Der 28.01.2020 ist für ihn nicht tragbar; es sei Wunsch der Ratsmehrheit, in den ersten 2 Wochen des Januars zu einer weiteren ÄR-Sitzung zusammenzukommen.

Frau Dr. Mang-Schäfer schließt sich dem Zeitplan von Herrn Dr. Wilke an. Ansonsten sei das sehr ambitioniert mit Februar, oder sollte doch erst im März gewählt werden? Der Februartermin würde laut Vorsitzender voraussetzen, dass heute eine Einigung zu erzielen wäre.

Herr Oehlmann stellt abschließend fest, man spreche über eine Sache, die kommen wird und bei der ein Mehrwert für alle Seiten gesucht werden sollte. Frau Münch-Weinmann fordert Offenheit nach beiden Seiten.

3. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 26.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Anfragen und Anträge zur letzten Stadtratssitzung im Jahr

Die Vorsitzende verweist auf einen Vorschlag der SPD-Fraktion aus der August-Sitzung und stellt fest, dass es diese Diskussion jedes Jahr wieder gibt, weil sich die eine oder andere Gruppierung nicht an die Auflagen hält.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte den § 34 GemO so interpretieren, dass die „nächstmögliche“ Sitzung gemeint ist und das wäre dann die erste Sitzung in 2020; so formuliert auch die SWG-Fraktion ihre Anträge. Dem können sich alle Anwesenden anschließen. Die SPD-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang dann auch Zurückhaltung von der Verwaltung mit Verwaltungsvorlagen.

Laut Verwaltung liegen bereits eine BGS-Anfrage und ein AfD-Antrag vor. Das Moratorium des Ältestenrates wird entsprechend kommuniziert.

3. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 26.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Labeling der Sitzungsvorlagen
[Vorlage: 0171/2019](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Laut Vorsitzender handelt es sich dabei um einen Ausfluss aus der Feststellung des Klimanotstandes, bei dem auch dieser Punkt angesprochen wurde. Es sollten auf der Vorlage nicht nur die Auswirkungen für das Klima, sondern die betroffenen Zielfelder des Nachhaltigkeitskonzeptes aufgebracht werden.

Es geht um die grundsätzliche Bereitschaft aus dem ÄR, ob man diesen Weg weitergehen will. Die Varianten der Tischvorlage stoßen allerdings auf wenig Euphorie. Frau Dr. Mang-Schäfer plädiert dafür, nicht zu viel Energie in eine Lösung zu investieren, wenn es sich als technisch schwierig herausstellen sollte. Wichtiger wäre für sie bei der Haushaltsrelevanz ein Hinweis, ob die Maßnahme schon im Haushalt fixiert ist oder on top kommt.

Frau Münch-Weinmann interessiert sich dafür, durch wen die Festlegung der einzelnen Icons erfolgt. Dies müssen bei Verwaltungsvorlagen die jeweiligen Fachabteilungen und bei Anträgen/Anfragen die jeweiligen Fraktionen und Gruppierungen übernehmen, was laut Frau Dr. Mang-Schäfer nicht immer ganz eindeutig sein kann.

Frau Münch-Weinmann möchte zudem wissen, ob es bereits andere Kommunen gibt, die damit arbeiten. In Mannheim und Heidelberg wird mit den Icons im Stadtleitbildprozess operiert, in den Sitzungsvorlagen jedoch nicht.

Frau Dr. Mang-Schäfer fände es begrüßenswert, wenn zu den einzelnen Icons jeweils auch ein Online-Link zu deren Handlungsfeld und Bedeutung verbunden werden könnte. Die Verwaltung sagt eine Prüfung der Machbarkeit zu.

Gegenstand: Partnerschaftsanfragen aus Großbritannien und den Palästinensischen Autonomiegebieten
[Vorlage: 0172/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Nowack berichtet zu den beiden Vorgängen Folgendes:

1. Chichester – GB

Hier liegt eine offizielle Anfrage der Stadt vor. Chichester ist bereits bekannt aus den früheren Eurosport-Turnieren im Schulbereich, die aus Kostengründen seinerzeit eingestellt wurden. Der weitere Weg wäre jeweils ein Austausch von Rats-Delegationen im Frühjahr auf Gegenseitigkeit. Eine Entscheidung könnte dann vielleicht im Herbst 2020 fallen. Die Vorsitzende spricht mit Blick auf die aktuelle europäische Entwicklung und den Brexit von einem tollen Signal.

Herr Dr. Wilke hat sich in Zeiten von Boris Johnson und Nigel Farage sehr gefreut, dass ein solcher Impuls aus Großbritannien kommt. Er erinnert aber daran, dass eine Partnerschaft von der Bürgerbeteiligung lebt.

Frau Selg sieht die Notwendigkeit von bürgerschaftlichem Engagement und einer Bürgerbefragung zu gegebener Zeit. Wichtig wären auch die Bildung eines Freundeskreises und die Einbindung von Schulen.

Frau Münch-Weinmann spricht von einer guten Idee, sich zunächst gegenseitig zu Beschnuppern. Dabei müssen auch mehr junge Menschen aktiviert werden.

Herr Brandenburger erinnert sich an die Turniere und begrüßt für die SPD die Initiative sehr. Der bisherige FK Spalding sollte auch an den neuen Partner herangeführt werden. Frau Kabs stellt fest, dass die individuellen Freundschaften zwischen Briten und Deutschen auch nach der Beendigung der offiziellen Städtepartnerschaft weiterbestehen.

Die Linke war laut Herrn Förster schon immer internationalistisch, weshalb sie den Vorschlag unterstützt.

Aus Sicht von Herrn Dr. Nowack geht es darum, den Kennenlernprozess zeitnah einzuleiten. Von britischer Seite wird schon etwas dazu gedrängt; auch aus Ravenna und Chartres kommen Stimmen, die eine solche Verbindung unterstützen. Frau Münch-Weinmann stellt fest, es handelt sich um eine Beratung, keine Beschlussfassung. Die Vorsitzende erläutert, nach dem informellen Kennenlernprozess wird ein formelles Verfahren über den Rat angestoßen.

Dem kann sich der Ältestenrat anschließen.

2. Jericho – Palästinensische Autonomiegebiete

Im Falle Jericho ist die Situation anders gelagert, da es dort keine bürgerschaftlichen Kontakte gibt. Hier sieht der Stadtvorstand keine Städtepartnerschaft sondern eine Unterstützung auf kooperativer Basis. Vorstellbar wäre zunächst ein kleines Projekt auf touristischer Ebene, die in Jericho – trotz der biblisch-historischen Bedeutung – ausgesprochen unterentwickelt ist. Gedacht ist an die Schulung von Personal für

unterschiedliche touristische Stadtführungen.

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, ob dafür Personal nach Palästina geschickt wird oder umgekehrt und wie die Kostenbelastung dafür ist. Gegenseitige Besuche sind im kleinen Rahmen vorgesehen. Reisekosten und dergleichen können über Förderprogramme des Dt. Städtetages finanziert werden. Bei der Stadt verbleiben die Personalkosten.

Frau Selg erkundigt sich danach, ob es schon andere funktionierende Partnerschaften von Kommunen gibt bzw. warum man Zurückhaltung übt. Weiterhin fragt sie danach, ob mit Yavne darüber gesprochen wurde. Außerdem stellt sich die Frage, wie es nach diesem Einzelprojekt weitergeht.

Herr Dr. Nowack spricht von ca. 80 Teilnehmern, die dem Städtetagsaufruf gefolgt sind. U.a. ist Mannheim dabei, das stark im infrastrukturellen Bereich unterstützt. Allerdings gibt es erst 4 formelle Partnerschaften, was diverse Gründe hat. Die Stadtspitze von Yavne ist informiert und zeigte sich erwartungsgemäß nicht sonderlich begeistert. Zunächst ist nur dieses eine Projekt geplant.

Der Ältestenrat nimmt die Kontaktaufnahme zur Kenntnis.

Herr Feinler erinnert an das Jubiläumsjahr der Städtepartnerschaft mit Chartres und erkundigt sich, wie es da weitergeht. Nach seinem Eindruck liegen viele Aktivitäten brach. Die Vorsitzende sieht einen Wandel in den Strukturen, die Partnerschaft ist aber durchaus lebendig. Der Freundeskreis, die Feuerwehr sowie viele selbständige Parts sind aktiv, außerdem gibt es neue Ansätze mit der Musikschule. Herr Dr. Nowack erwähnt ergänzend den Freundschaftsabend in Chartres mit mehreren 100 Teilnehmern.

3. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 26.11.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Änderung des Straßennamens der „Schwester-Petronia-Steiner-Straße“ in „Petronia-Steiner-Straße“**
[Vorlage: 0197/2019](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende verweist auf die Begründung der Tischvorlage; da der Einzug der ersten Anwohner ansteht, muss kurzfristig entschieden werden, ob der Straßename gekürzt und mit einem erläuternden Hinweisschild versehen werden kann.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass es der Kirche seinerzeit ihres Wissens nach sehr wichtig war, dass die „Schwester“ im Straßennamen erscheint. Die Verwaltung sichert eine Nachfrage vor Entscheidung zu. Ansonsten stimmt der Ältestenrat der Vorlage zu.

Frau Selg wurde von verschiedenen Personen angesprochen, dass einzelne dieser Hinweisschilder fehlen. Wo genau, kann nicht gesagt werden. Die fehlenden Punkte sollen über den Mängelmelder direkt der Stadt gemeldet werden.

Gegenstand: Verschiedenes

Eltern-Kind-Zimmer

Die Vorsitzende informiert darüber, dass hinsichtlich dieses Ratsbeschlusses eine Onlinebefragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Gleichstellungsstelle über den tatsächlichen Bedarf innerhalb der Stadtverwaltung vorgesehen ist. Ein abschließender Bericht darüber erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt

Frau Dr. Mang-Schäfer wirft ein, man sollte in diesem Zusammenhang die Diskussion auch um pflegende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen, für die eher Telearbeit angebracht wäre.

Info-Kommission KKP

Frau Münch-Weinmann trägt vor, dass bei den letzten Veranstaltungen der Info-Kommission zum Kernkraftwerk Philippsburg keine Teilnahme städtischer Vertreter*innen zu beobachten war. Dies erscheint ihr wichtig, insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Rückbau.

Digitalisierung

Nach Informationen von Frau Münch-Weinmann habe die Stadt für Digitalisierung 100.000 € erhalten; sie würde interessieren, wofür dieses Geld ausgegeben werden soll. Laut Verwaltung ist von einer solchen Zuwendung nichts bekannt.

Kriminalpräventiver Rat

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, wie es da weitergeht. Der Kriminalpräventive Rat startet laut Vorsitzender Anfang 2020 wieder.

Weg zur Verwaltung

Frau Münch-Weinmann erkundigt sich nach dem Weg, wenn die Parteien Gespräche mit der Verwaltung führen wollen. Hierzu besteht laut Vorsitzender die Möglichkeit, Kontakt über die jeweils zuständigen Dezernenten herzustellen. Frau BM Kabs ergänzt, wie das bei den Integrationsgesprächen praktiziert wird.

Frau Münch-Weinmann moniert zudem, dass die Anfrage der Kooperation zum Klimaschutz noch nicht beantwortet ist. Die Verwaltung sagt Prüfung zu, erinnert allerdings auch daran, dass derzeit eine ganze Reihe von politischen Anfragen neben den Kernaufgaben zu bearbeiten sei.

Stellenplan 2020

Frau Dr. Mang-Schäfer regt an, man könnte bei neuen Stellen im Stellenplan eine Information zur geforderten Qualifikation der Stellen beifügen.

Ratsinformationssystem

Laut Frau Dr. Mang-Schäfer ist der geänderte Termin für den Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit nicht über die Suchfunktion des Ratsinfosystems zu finden. Die Verwaltung wird dies prüfen. Möglicherweise hängt dies mit der Änderung des Ausschussesnamens zusammen (Umweltausschuss → Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit)

Herr Jaberg weist darauf hin, dass die Unterlagen für den ÄR heute nicht im Ratsinfo verfügbar waren. Dies lag laut Verwaltung an einer fehlerhaften Freigabeeinstellung, auf die erst die Presse aufmerksam gemacht hat.

3. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 26.11.2019



3. Sitzung des Ältestenrates 26.11.2019 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!